

# VEREINS-ANZEIGER

Organ der Vereinigung der Maler, Lackirer, Anstreicher, Tüncher und Weissbinder  
sowie der freien eingeschchr. Hülfskasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Redaktion und Expedition: Hamburg 22, Schmalenbeckerstrasse 17, Telephon Amt III, 3622.

## Die Handelskrisis und die Gewerkschaften.

Der bekannte Schriftsteller Parvus hat unter obigem Titel im Verlag von M. Ernst in München eine höchst aktuell geschriebene Broschüre herausgegeben, die sich vornehmlich mit der Theorie der Handelskrisis, dem Gründer- und Banksturz, dem Anteil des Kapitals und der Gewerkschaften an dem wirtschaftlichen Aufschwung, den Aufgaben der Gewerkschaften während der Krisis beschäftigt und als Anhang einen „Gesetzentwurf zum achtstündigen Normalarbeitstag“ enthält. Zuerst wird ausgeführt, wie der Hauptschlag im Frühjahr vorigen Jahres aus Nordamerika kam, das Rückgrat der gesamten modernen Industrie, die Eisenindustrie, traf, bald auch die Textilindustrie und die Bauindustrie in Mitleidenschaft zog. Nun wurde alles andere in den Strudel gezogen, da es zur Charakteristik der allgemeinen Handelskrisis gehört, daß sie alle lokalen, partiellen Krisenherde in sich aufnimmt, überall verschärfend, auflösend wirkt und sämtliche zerstörende Wirkungen zu einem alles niederreißenden Orkan vereinigt.

Zwar versuchte das Kapital mit aller Macht der umfänglichen Geschäftstodung Einhalt zu thun, aber trotz aller Anstrengungen gelang es ihm nicht, der Krisis Herr zu werden, die bereits Anfangs 1901 öffentliche, amtliche und allgemeine Anerkennung fand und bis heute die Situation beherrscht.

Weiter heißt es, daß ebensowenig wie der allgemeine Charakter der gegenwärtigen Handelskrisis, ebensowenig die ihr zu Grunde liegende Ueberproduktion von irgend welcher Seite angezweifelt wird. Es handelt sich nicht mehr um theoretische Spekulationen, sondern um harte Thatsachen. Der Verfasser zeigt dies treffend in der Entwicklung der Eisenproduktion, da das Eisen die Grundlage aller modernen Produktion bildet. Aber nicht nur eine Ueberproduktion an Waaren fand statt, sondern auch, und das ist ein wichtiges Moment, eine Ueberproduktion von Produktivkräften. Deshalb die Erscheinung, daß trotz des allgemeinen Geschäftsrückganges, trotz der Ueberproduktion und allgemeiner Betriebseinschränkung stellenweise noch immer Produktionserweiterung stattfindet, welche die Marktlage verschlimmern muß. Erst der Rückschlag auf dem Geldmarkt setzt dieser Bewegung ein Ziel und verwandelt sie in enbloße Fallissements. Die Ueberproduktion giebt den Grundcharakter der Krisis an, aber keineswegs ihre erschöpfende Erklärung, sie bedarf vielmehr selbst einer Erklärung. Um die Ueberproduktion sammelt sich ein ganzer Haufen kapitalistischer Zusammenhänge: die Preisbewegung, die Lagen des Weltmarktes, die besondere Entwicklung einzelner Produktionszweige, die Vorgänge auf dem Geldmarkte usw. Alles zusammen erst bildet die Handelskrisis in ihrer vollen Entfaltung.

Im Artikel „Zur Theorie der Handelskrisis“ wird auseinandergesetzt, daß die Kapitalisten nicht im Stande sind, ihr gesamtes Einkommen zu verbrauchen, sondern einen Teil zur Mehrung der Produktion verwenden. Diese sogenannten „Ersparnisse“, die den Arbeitern entzogen und von den Kapitalisten nicht verbraucht werden, die aber gleichfalls zur Vermehrung der Produktion dienen, sind eben die „Hauptquelle der Ueberproduktion“. Also auf Seiten des Kapitals „Ersparnisse“, auf Seiten der Arbeiter „Entbehrung, Elend“. Jedoch zur Erklärung der periodischen Handelskrisis genügt das Mißverhältnis zwischen Produktion und Verbrauch noch nicht. Das Kennzeichnende sei die produktive Verwertung des Ueberflusses. Nach Parvus besteht der periodischen Handelskrisis letzter Grund darin, daß das Kapital den Reichtum, den die Volkarbeit schafft, dem Volk entzieht, so daß sich ein Unterschied bildet zwischen dem Volkbedarf und der Kaufkraft des Volkes, zwischen der Kaufkraft des Volkes und dem Produktionsumfang, aber zwischen dieser Thatsache und der Handelskrisis liegt die kapitalistische Umwandlung des Produktionsfortschritts in einem Ausbeutungsprozeß. Das schließt nicht aus, daß zur Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs eine Besserung der Lage der Arbeiter eintritt.

Demnach haben die Handelskrisis und die kapitalistische Produktionsentwicklung eine gemeinsame Wurzel. Die An-

häufung von Kapital in den Händen der Privatbesitzer der Produktionsmittel. Beide sind deshalb unzertrennlich. Die kapitalistische Produktion kann sich gar nicht anders entwickeln, als durch den Wechsel von Aufschwung und Krisis. Die Handelskrisen sind nicht anders zu beseitigen, als sammt den Grundlagen der kapitalistischen Produktion.“

Interessant ist auch das Kapitel, in welchem Parvus die „Bilanz des Aufschwungs“ zieht. In der Zeit von 1895 bis 1900 sind auf dem deutschen Geldmarkt 11½ Milliarden neue Emissionen aufgelegt worden, die das Kapital in diesen paar Jahren auf Kosten der Arbeiter „erspart“ und der Börse zugeführt hat. Während derselben Zeit hat sich nach den gewöhnlich viel zu günstigen Berechnungen der Unfallversicherung das durchschnittliche Einkommen des gewerblichen Arbeiters um nicht ganz 15 Prozent vermehrt; dies um 15 Proz. gestiegene Durchschnittseinkommen der gewerblichen Arbeiter betrug 1899 volle 762 M., nicht einmal 15 M. die Woche! Diese miserable Einkommensteigerung wurde aber zum großen Teile durch die allgemeine Thuerung illusorisch. Dazu war die nominelle Erhöhung des Arbeitereinkommens nur zu einem geringen Teil durch Lohnerhöhung, zumeist aber durch regelmäßige Beschäftigung und durch Ueberstunden erreicht worden. Die Folge davon war Ueberanstrengung und Vermehrung der Unfälle. Mit der Regelmäßigkeit einer Naturentwicklung stieg die Unfallziffer im Gewerbe von 6,25 pro Tausend im Jahre 1894 auf 7,39 im Jahre 1899. Das Ergebnis der Unfälle seit 1885 bis 1900 ist: 21 321 Getödtete, 110 109 dauernd und 76 638 vorübergehend Erwerbsunfähige. Endlich aber hat während der industriellen Prosperität die Zahl der in Fabriken beschäftigten Kinder unter 16 Jahren um 41 Prozent zugenommen. Die Zahl der in den Fabriken beschäftigten Kinder beträgt jetzt 213 974, darunter der Kinder unter 14 Jahren 7408, gegenüber nur 4259 im Jahre 1894.

Man sieht also die Bilanz: Das Proletariat hat unter gewaltigen Anstrengungen, die sehr vielen die Arbeitskraft auf Jahre hinaus geschwächt und das Leben gekürzt haben, unter direktem Verlust von vielen Tausenden Menschenleben, unter Aufopferung selbst seiner Jugend, der Kinder im zartesten Alter, die große Arbeit geleistet. Es erhielt dafür vom Kapital einen Hungerlohn und gelegentlich ein Trinkgeld.

Um so anerkennenswerther ist, daß die deutschen Gewerkschaften diesen verflümmerten Aufschwung kräftig ausgenutzt haben.

Vergleicht man 1894 mit 1900, so hat sich die Mitgliederzahl der deutschen Gewerkschaften mehr als verdoppelt; sie ist von 252 044 auf 598 419 gestiegen; noch mehr sind die Einnahmen der Gewerkschaften gewachsen, von etwa 2,7 Mill. auf etwa 7,7 Millionen, und mehr als diese die Ausgaben; von etwa über 2,1 auf nicht ganz 6,5 Millionen Mark. Mit Recht nennt es Parvus „das Bild einer lebenskräftigen Entwicklung“, daß die Leistungen der Gewerkschaften in einem noch stärkeren Maße anschwellen, als die Beiträge, und wir stimmen ihm vollkommen zu, wenn er meint, sei dem Falle des Sozialistengesetzes habe die deutsche Arbeiterklasse keine größere Leistung vollbracht, als dies Emporblihen der gewerkschaftlichen Bewegung.

Desgleichen sind wir mit ihm einverstanden, wenn er ausführt, daß „die Arbeiter im Kampf gegen das moderne Großkapital nie dazu kommen können, die günstige Konjunktur für sich auszunutzen, wenn sie nicht gewerkschaftlich organisiert sind“ und darum sagen wir den Arbeitern: „Schließt Euch den Gewerkschaften an, sonst seid Ihr der steigenden Macht des konzentrierten Kapitals auf Gnade und Ungnade ausgeliefert“. Die Gewerkschaften stärken die Arbeiter und diese Stärkung ist angesichts der Thatsache, daß die riesenhafte Mehrung der Macht des Kapitals von der ökonomischen Entwicklung besorgt wird, ein unabweisbares Imperativ. Darum liegt auch das Schwerkgewicht der gewerkschaftlichen Erfolge gar nicht in den Ergebnissen der Streiks, sondern in der Entwicklung der Organisation selbst.“

Höchst beachtenswert sind die Ausführungen, die auf die Frage: Welches sind in dieser Zeit die Aufgaben des proletarischen Klassenkampfes? Parvus beantwortet: Die erste und wichtigste Aufgabe in dieser Zeit ist die Stärkung der Organisationen. Die Handelskrisis führt zu

einer gewaltigen Konzentration des Kapitals, das dürfen wir nicht vergessen. Darum müssen die Organisationen wachsen; je mehr sich die Zahl der leitenden Kapitalistenklasse verringert, desto größere Arbeitermassen müssen vereinigt werden, um ihren Willen zu brechen. Wenn die Arbeiter zur Zeit der Handelskrisis ihre Gewerkschaften vernachlässigen, so werden sie nach der Krisis viel Zeit darauf verwenden müssen, um erst den in den Organisationen eingerissenen Schaden gut zu machen, währenddem die Unternehmer von Anfang an mit gesteigerter Macht die Gunst der Situation sich zu Ruhe kommen lassen werden.

Freilich ist die Krisis eine schwere Zeit für die Gewerkschaften. Die Löhne sinken und der Arbeiter sucht an Allem zu sparen, leider auch an seinem Beitrag für die Gewerkschaft. Noch schlimmer wirkt die steigende Arbeitslosigkeit: sie setzt den Arbeiter außer Verdienst, macht ihn thatsächlich außer Stande, seinen Mitgliedsbeitrag zu leisten, er braucht selbst der Unterstützung. Zugleich jagt die Arbeitslosigkeit den Arbeiter auf die Arbeitsuche. Damit steigen die Ausgaben der Gewerkschaften. Es ist Thatsache: gerade während der Handelskrisis werden an die Gewerkschaften die größten Anforderungen gestellt. Um so größer ist die Pflicht jener Arbeiter, welche von der Handelskrisis weniger hart betroffen werden, für die Füllung der Gewerkschaftskassen zu sorgen.

Wenn die Massen der Gewerkschaften sich erschöpfen und diese nicht mehr im Stande sind, den Druck der Arbeitslosigkeit durch Reifeunterstützung zc. zu erleichtern, so wird bald die gesamte Masse der Arbeiterschaft die Folgen davon in Gestalt von Lohnreduktionen und Entlassungen zu verspüren haben.

Man verlange aber auch nicht von den Gewerkschaften mehr, als sie zu leisten im Stande sind. Das bezieht sich besonders auf Streiks. Es geht nicht an, daß man sagt: „Wir haben, solange Verdienst war, die Massen gefüllt, jetzt wollen wir streiken, wenn uns was nicht paßt“. Das wäre eine sehr wenig überlegte Taktik. Bei Streiks kommt es vor Allem auf die Geschäftslage an. Während der Handelskrisis ist die einzig richtige Taktik der Gewerkschaften, Streiks, soweit wie nur irgend möglich, hinten zu halten. Das bedeutet selbstverständlich nicht, daß man sich seitens des Unternehmertums alles gefallen lassen soll. Aber gerade um die unvermeidlichen Kämpfe mit Erfolg durchzuführen zu können, ist es notwendig, daß die Kräfte der Gewerkschaften sich nicht in vielen nutzlosen Kämpfen verzetteln, die vermieden werden könnten. Also, soweit nur irgendwie möglich, muß man während dieser schweren Zeit einen Streit zu umgehen, zurückzuziehen suchen; wird er aber aufgenommen, dann gilt es, ihn mit der äußersten Energie durchzuführen!

Ferner wird darauf verwiesen, daß die Gewerkschaften die Zeit der Krisis, die sich für Streiks wenig eignet, zum inneren Ausbau der Organisation und zur Vertiefung der Agitation verwenden sollen. Während des industriellen Aufschwungs wurden die Massen schnell gewonnen; jetzt gilt es, sie in die Organisation fest einzufügen. Auch muß eine Organisation sich betätigen, wenn sie lebenskräftig erhalten werden soll. Als Aufgaben werden genannt: die Entwicklung der Werkstätten-Vertretung, Statistiken über die Verhältnisse im Berufe, Aufklärung über die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse, über die gewerkschaftlichen Kämpfe und über die Arbeiterschutzesetzgebung. Bezüglich des letzteren Punktes wird ausgeführt, daß Gesetze, wie Verbot der Kinderarbeit, Einschränkung der Frauenarbeit, Regelung des Arbeitstages, der Lohnformen, Bestimmungen über Unfallversicherung, wie auch die verschiedene Art der Arbeiterversicherung usw., direkt in jene Verhältnisse eingreifen, um die sich die Tätigkeit der Gewerkschaften bewegt. Aus allen diesen Gründen ist aber auch die Frage der Zusammensetzung von Interesse. Der Beweis ist nicht weit zu suchen: gäbe es im Reichstage keine starke Sozialdemokratie, so wäre die Zuchthausvorlage Gesetz geworden.

Zur Zeit des industriellen Aufschwungs, heißt es zum Schluß, haben die Gewerkschaften im freien Kampfe gegen das Unternehmertum Erfolge erzielen können, zur Zeit der Handelskrisis hindert sie ihre wirtschaftliche Schwäche daran — umso mehr müssen sie jetzt darnach streben, ihren politischen Einfluß geltend zu machen, um auf dem Wege der Gesetz-



gebung sich Vorteile zu verschaffen. Also, es genügt nicht, die Arbeiter über die bestehende Arbeiterschutzgesetzgebung aufzuklären; vor allem müssen die Gewerkschaften dafür Sorge tragen, daß auf das Parlament und die Regierung jener politische Druck ausgeübt wird, der nötig ist, um die Arbeiterschutzgesetzgebung weiter zu entwickeln, und in diesem Sinne ihre Mannschaften in Aktion treten zu lassen.

## Aus unserem Verne.

**+ Unternehmerrache.** Das Emporblühen der Filiale in Koblenz ist zum guten Teil auf das unermüdbare Wirken des Kollegen Fr. Wegg zurückzuführen. Vernagelte Unternehmer, die blindlings herumwütend nach einem Opfer suchten, haben endlich ihr Ziel erreicht und durch Demunziren bei der Polizei die Ausweisung des Kollegen Wegg, der ein Ausländer ist, erwirkt. An dieser Maximation haben aufcheinend nur wenige Kräfte regen Anteil genommen, doch werden sich diese Herren, die sonst so gerne im Trüben fischen, sehr täuschen, wenn sie glauben sollten, auf diese Weise der Bewaanung in Coblenz Abbruch zu thun. Die Coblenzer Kollegenschaft, die den Werth einer guten Organisation erkannt hat, wird nicht verfehlen, durch besto festere Zusammenhalten derartigen Manövern, für die jeder anständige Mensch nur ein Pfui! übrig hat, die einzig richtige Antwort zu erteilen. Kollege Wegg aber, welcher im frohen Bewußtsein, seine Pflicht gethan zu haben, Coblenz verlassen kann, wird anderswo eine gastliche Stätte finden, da er zu den glücklich veranlagten Naturen gehört, die sagen können: ubi bene moa patria (Wo es mir gut geht, ist mein Vaterland).

**+ Arbeiterisiko.** Altona. Der Maler H. Möske fiel vergangene Woche in der Friedensallee 240, wo er beschäftigt war, mit einer zehn Meter hohen Leiter und erlitt dabei einen Schenkelbruch. Er fand Aufnahme im städtischen Krankenhaus.

**+ Der christliche Verband der Maler, Anstreicher, Vergolber, Lackierer, Tapezierer und verw. Berufe Deutschlands** versucht nun auch in der Provinz Hessen-Nassau sein Glück mit der Werbung von Mitgliedern. In Frankfurt a. M. soll schon eine Zahlstelle dieses Verbandes bestehen und werden die „vermeintlich“ christlich gesinnten Berufskollegen durch folgendes Birkular in die Versammlungen eingeladen:

„An die Christl. Maler, Lackierer, Anstreicher, Vergolber, Tapezierer u. verw. Berufe Frankfurt a. M.“

Werthe Kollegen!

Schon lange ist es ein Bedürfnis, eine für den oben genannten Beruf christliche Organisation zu schaffen. Auch hier haben sich bereits einige Berufskollegen zusammengefunden, um hier eine Zahlstelle zu gründen, welche am 1. April 1902 in Kraft getreten ist. Pflicht eines jeden Kollegen ist es, durch Beitritt die Sache zu unterstützen und der christlichen Organisation anzugehören. Wir erlauben uns deshalb, Sie zu der am . . . . . stattfindenden Versammlung bei Ob-, Brännerstr. 12, einzuladen.

Der Vorstand.

Schriftführer L. Kroth.

Wenn man aber die Mitgliederzahl nach den Versammlungen laziert, so dürfte dieses „christliche Hauslein“ ziemlich klein sein, denn diese sind in der Regel von 8 Personen und 1. Schutzmann besucht. Daß in Frankfurt das Bedürfnis nach einer christlichen Organisation vorhanden war, haben wir noch nicht bemerkt, sondern doch in einer ganzen Reihe von katholischen Orten Zahlstellen der Filiale Frankfurt a. M. unseres Verbandes sind. In Wiesbaden haben diese „christlichen Agitatoren“ ein Flugblatt verbreitet, worin in fettgedruckten Stellen all die Leistungen und Unterstützungen einrichtungen des Verbandes bei einem Beitrag von 20 J. im Sommer und 10 J. im Winter hervorgehoben werden. Wertmüßig, daß diese Leute jetzt erst das Bedürfnis nach einer christlichen Organisation fühlen. Vor 4 oder 5 Jahren hätten diese „Sendapostel“ ihr Glück in Hessen-Nassau versuchen sollen, da hätten sie einmal erst durch die That zeigen können, ob diese christliche Organisation im Stande war, eine Besserung der miserablen Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Provinz herbeizuführen. Wir wünschen ihnen viel Glück und hoffen, daß sie all die „Sonderlinge“ in ihre „christliche Organisation“ vereinen mögen.

**+ Kattowich.** Verschundene Herrlichkeit. Etwas komisch mag es die hiesigen Malermeister bezüht haben, daß ihnen von den bisher so zufriedenen Gehilfen ein dicker Strich durch die Rechnung gezogen wurde. Es sollte nämlich am 11. Mai in Beuthen (D.-Schl.) eine Innungsverammlung tagen, um in derselben einen Gesellenauschuss nebst Einigungsamt zu wählen. Zu diesem Zweck sind an sämtliche Innungsmeister Handzettel mit der Bemerkung „Werkstellenausgang“ verhandelt worden. Selbstverständlich ist es von den Meistern nach gewohnter Sitte vernachlässigt worden, weder diese Zettel auszuhängen, noch den Gehilfen Mitteilung davon zu machen; aus welchem Grunde konnte nicht ermittelt werden, so daß es in Kattowich nur in einer, in Kattowich ebenfalls nur in einer Werkstatt, in Jarbe und Gletow, glauben wir, garnicht bekannt gemacht wurde. Durch Kollegen Reich haben es einige Kollegen noch rechtzeitig erfahren und nun war die Lösung, auf nach Beuthen, um unsere Interessen dort zu vertreten. Wir sind dann 9 Mann hoch dort zusammengetreten. Beuthen war natürlich durch 20 indifferente Kollegen vertreten. Jedenfalls sollte die Wahl wieder so vor sich gehen wie gewöhnlich, der Vorsitzende bestimmt und alles mit ohne Widerrede angenommen. Doch diesmal war die Rechnung ohne den Wirth gemacht worden. Uns lag vor allem daran, nur organisierte Kollegen in das Einigungsamt zu wählen, darum wurde gegen diese Praxis Front gemacht. Es protestirten die Kollegen Feist, Kanopatz und Spindel gegen die Versammlung wegen nicht genügender Bekanntmachung, was auch nach heftiger Diskussion gelang. Die Versammlung mußte auf den 1. Juni vertagt und sollen die säumigen Meister mit einer Ordnungsstrafe bedacht werden, damit nächstens solche Bekanntmachungen nicht im Schreibisch liegen bleiben, sondern in der Werkstatt an die Tafel kommen. Bis 1. Juni ist es uns nun möglich, unsere Kollegen zu bewegen, an der Wahl theilzunehmen und unsere Kandidaten in das Einigungsamt hineinzuwählen zum Vortheil für unsere Organisation.

**+ Submissionsklutchen.** Das Ergebnis der Submission zur Errichtung eines städtischen Elektrizitäts- und Wasserkrafts in Frankfurt a. M., welches in Schwarzheim errichtet werden soll, war bei den Weißbinderarbeiten folgendes: Moos 1267.40 M., Bartelmann 730 M., Trauer 705.56 M., Schmidt 648.40 M. und Sommer 603.20 M. — In Heilberg wurde im vergangenen Winter die

Malerarbeit zum Neubau der Frauenklinik vergeben. Der Vorschlag war 13 000 M. Die Herren Malermeister Moser und Gabelmann interessirten sich ganz besonders für diese Arbeit und haben ersterer ein Angebot von 50 pZt., letzterer, der nebenbei bemerkt noch Obermeister der Innung ist, ein solches von 51 pZt. gemacht. — Es leben die Folgenden!

**Koblenz.** (Situationsbericht.) Wie den Kollegen aus dem „V.-U.“ schon genügend bekannt sein dürfte, haben auch die Koblenzer Kollegen bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen angestrebt. Betreffende Forderungen sind ohne jeden Zwischenschritt in den meisten resp. größten Werkstätten eingeführt, bis auf vier, deren Inhaber sich nicht entschließen konnten, den Tarif anzuerkennen. Es handelt sich hier hauptsächlich um den Minimallohn von 35 Pfg. Gerade bei diesen vier Meistern arbeiten überhaupt die meisten Kollegen zu 35 Pfg.; es mögen etliche etwas mehr bekommen, aber der Durchschnittslohn war schon so wie so 35 Pfg. Darum wehrten sich gerade diese vier Herren, sie nahmen Anstoß an das Wort „Minimallohn“. Nachdem wir versucht hatten, auf friedlichen Bahnen mit den Herren zu verhandeln, dieses aber nichts half, haben wir uns veranlaßt, die Sperre über diese Werkstätten zu verhängen, welche aber jetzt wieder aufgehoben ist, da sich die Herren doch bequemen, unseren Tarif anzuerkennen. In den letzten Tagen vernahmen wir, daß die vier Meister, nachdem sie den Tarif anerkennen mußten, es versuchten, als Scharfmacher aufzutreten. Die Koblenzer Kollegen, die Mann für Mann nebeneinander in der Organisation stehen, warten bloß auf solche Scharfmacher. Sie werden nicht versäumen, jederzeit gegen solche Treiberereien auf dem Posten zu sein. Und gerade jetzt gilt es, doppelt auf der Wacht sein, das Errungene auch hochzuhalten. Und dies sind die Kollegen von Koblenz unbedingt gewillt. Ihre Parole ist Vorwärts und nicht Rückwärts! Dank des fleißigen Lesens unseres „V.-U.“, der unermüdblich betriebenen Hausagitation, ist es den Kollegen von Koblenz gelungen, sich in so kurzer Zeit Aufklärung über ihre bisherige Lage zu verschaffen. Auch steht unseren Kollegen hier am Orte eine umfangreiche Bibliothek zur freien Verfügung, die fleißig in Anspruch genommen wird. Unsere Mitgliederzahl beträgt laut Bericht des Hauptkassirers 170 Kollegen. Nur wenige der hier am Orte beschäftigten Kollegen stehen uns noch fern, wir hoffen aber, durch eifriges Agitiren auch diese zu rechten Kollegen unserer Vereinigung zu machen. Am 4. Mai fand ein Ausflug nach Winnigen statt. Die gesammten organisierten Gewerkschaften nahmen daran theil. In Winnigen wurde in einem Lokale, das dazu bestimmt war, eine Maifeier veranstaltet, welche einen erhebenden Verlauf nahm. Besonders die Theilnahme unserer Kollegen war eine rege zu nennen. In nächster Zeit treten wir mit den Herren Meistern wegen eines gemeinschaftlichen Arbeitsnachweises in Unterhandlungen und hoffen auch in dieser Sache ein für uns günstiges Resultat zu erzielen.

## Lohnbewegung.

Ueber die Firma Fischer & Moritz in Kleinbeck bei Bergeborf wurde die Sperre verhängt.

**X** In Blankenese, Zahlstelle von Altona, haben die organisierten Kollegen der Werkstelle W. Teegen die Arbeit eingestellt, nachdem die statigeandene Besprechung, die Differenz in Güte zu regeln, resultatlos verlaufen. Ueber die Werkstelle Teegen ist die Sperre verhängt.

**X** In Böhmisch stehen die Kollegen noch im Auslande und zwar 8 Wechselrahete und 3 Ledige. Am Dienstag, den 20. Mai, ist eine Unterhandlung anberaumt und wird auf eine Verständigung gehofft.

**X** Der Streik in Posen ist durch die gute Organisation unserer Kollegen vorigen Donnerstag zu einem erfolgreichen Abschluß gelangt. In der Sitzung des Gewerbergerichts zu Posen als Einigungsamt vom 15. Mai 1902, an welcher die Unterzeichneten theilgenommen haben, wurde zwischen den Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Maler- und Anstreichergerwerbes folgende Vereinbarung getroffen:

§ 1. Es wird die 10stündige Arbeitszeit eingeführt unter Einrichung einer 1/2stündigen Mittagspause und unter Fortfall der Vesperpause, also von 6 Uhr früh bis 6 Uhr Abends. Vom 1. bis 30. Oktober wird, wenn Arbeit vorhanden, so lange gearbeitet, als Tageslicht ist. Sonnabend ist um 5 Uhr Feierabend ohne Lohnabzug. Am Sonnabend vor Oetern und Pflingsten ist um 4 Uhr Feierabend. Auch an diesen Tagen ist eine 1/2stündige Mittagspause.

§ 2. Der Mindestlohn eines ordnungsmäßig ausgebildeten Malergehilfen beträgt 25 J. pro Stunde, Gehilfen über 21 Jahre erhalten 33 J. als Mindestlohn und darüber mehr, je nach Uebereinkunft mit dem betreffenden Meister. Anstreicher bekommen mangels besonderer Vereinbarung als Mindestlohn 28 1/2 J. pro Stunde und darüber mehr, je nach Leistung, müssen aber auch die Materialien auf die Arbeitsstelle hinschaffen und zurück. Jeder halbe Pfennig wird nach oben abgerundet. Vom 1. April 1903 ab wird der Arbeitsmindestlohn für den Anstreicher auf 30 J. pro Stunde normirt. Die Arbeiter, welche nur Materialien auf die Arbeitsstellen besorgen, werden nicht als Anstreicher betrachtet.

§ 3. Ueberstunden und Sonntagsarbeit werden mit 10 J. Zuschlag gezahlt. Nacharbeit mit 20 J. Zuschlag pro Stunde.

§ 4. Die Akkordarbeit ist im Interesse des Gewerbes möglichst zu beseitigen, bei unvermeidlichen Fällen muß der festgesetzte Stundenlohn ausgezahlt werden.

§ 5. Unwünsliche Stabarbeiten, bei denen der Gehilfe nicht zum Mittagessen gehen kann, werden pro Tag mit 50 J. Zuschlag gezahlt. Bei weiteren Entfernungen hat die Innung und Müchfahrt auf Kosten des Meisters zu geschähen. Bei Arbeiten, wo Kost und Logis gewährt wird, wird kein Zuschlag pro Tag gezahlt. In anderen Falle wird für die Arbeitsstare 1.50 M. gewährt.

Es steht dem Meister frei, die Beföstigung selbst zu bezahlen.

§ 6. Die Lohnzahlung findet direkt nach Arbeitschluß statt.

§ 7. Eine gegenseitige Kündigung wird ausgeschlossen. Vorstehender Tarif tritt mit dem 15. Mai 1902 in Kraft und hat eine Gültigkeitsdauer von 2 Jahren bei halbjähriger Kündigungsfrist. Bei etwaig vorkommenden Streitigkeiten wird ein Schiedsgericht gewählt, welches die jeweiligen Streitigkeiten zu schlichten hat, bestehend aus drei Malermeistern und Stellvertretern und drei Malergehilfen und Stellvertretern.

§ 8. Gegenseitige Aussperrungen auf Grund der Streikverhandlungen dürfen bis 15. Juni d. J. nicht erfolgen.

Die Arbeit wird am Mittwoch, den 21. Mai cr., aufgenommen. Der Arbeitstarif muß in jeder Werkstatt ausgehängt sein.

Posen, den 15. Mai 1902.

gez. Max Lindner, Schlossermeister, gez. Julius Richter, Tapezierer, gez. H. Schulz, Kürschnermeister, als Vertreter der Arbeitgeber.

gez. Bruno Rudzinski, Zimmerer, gez. Felix Hein, Stukateur, gez. Albert Noble, Stukateur, als Vertrauensmänner der Arbeitnehmer.

gez. E. Weckmann, gez. N. Uffiedt, gez. A. Schwarz, gez. W. Petersen, gez. W. Rudski, gez. M. Samolinski, gez. Ernst Mehl, Malermeister, als Vertreter der Arbeitgeber, gez. Theodor Karabas, gez. Karl Hoffmann, gez. Adam Pestonowski, gez. Fr. Friedmann, gez. B. Otte, gez. A. Tempelwicz, gez. S. Friedreich, Malergehilfen, als Vertreter der Arbeitnehmer.

gez. Scholz, Stadtkath, als Vorsitzender, gez. Weigl, Stadtschreiber, als Schriftschreiber.

Zur Zeit gehören sämmtliche Berufskollegen Posens der Vereinigung an. Mögen nun die dortigen Kollegen, nachdem einmal durch die Macht der Organisation der Grund zu besseren Lohn- und Arbeitsverhältnissen glücklich gelegt wurde, auch ihrerseits der vollen Pflichterfüllung nachkommen und das Erreichte hochhalten; selbstverständlich kann dies nur geschehen, wenn jeder Kollege dafür sorgt, daß die Filiale auf der Höhe erhalten wird.

## Versammlungs-Berichte.

Frankfurt a. M. Am 30. April fand im Gewerkschaftshaus eine gut besuchte General-Versammlung statt. Der Kassirer erstattete zunächst den Massenbericht vom 1. Quartal, worauf auf Antrag der Revisoren dem Kassirer Dehner erstattet wurde. Hierauf erstattete Kollege Zimmermann den Geschäftsbericht vom 1. Quartal. Die schlechte Geschäftskonjunktur habe diesen Winter ziemlich lange, bis in das Frühjahr hinein angehalten, während andere Jahre Mitte und Ende Februar bereits die Arbeitslosigkeit zunahm, hatte sich diese, bis kurz vor Ostern hinausgezogen. Wohl sei die Arbeitslosigkeit besser geworden, doch mache sich schon wieder ein Rückgang bemerkbar. Es sei bedauerlich, daß die Kollegen zur Zeit nicht „genug“ Ueberstunden machen könnten und auf diese Weise selbst dazu beitragen, daß die Arbeit in einigen Wochen „zusammengewirgt“ werde. Der Arbeitsnachweis zeigte infolge der schlechten Geschäftslage im 1. Quartal ein trübes Bild. 35 Arbeitgeber haben den Nachweis 44 Mal in Anspruch genommen. Die Einführung der achtstägigen Lohnzahlung ab 1. Januar 1902 ging nicht so glatt von statten wie vielleicht mancher Kollege gehofft haben dürfte, 25 Firmen wurden der Tarifkommission zur Meldung gebracht, wofür die achtstägige Zahlung nicht eingeführt wurde. Bis zum 17. März war es durch wiederholtes Schreiben des Vorsitzenden der Meister-Vereinigung, Frn. Rupp, gelungen, bei 11 Firmen die achtstägige Lohnzahlung zu bewirken. Am 17. März wurde in der gemeinsamen Sitzung der Tarifkommission beschlossen, an sämmtliche Firmen, die die achtstägige Lohnzahlung noch nicht eingeführt, ein offizielles Schreiben mit den Unterchriften sämmtlicher Kommissionsmitglieder zu richten. Diese Schreiben betreffen, daß mit Ausnahme fünf kleinerer Firmen die achtstägige Lohnzahlung eingeführt ist.

Die Agitation bildete im 1. Quartal mit den Hauptpunkten der geschäftlichen Thätigkeit. Sind die auf die Hausagitation gezeigten Hoffnungen nicht in dem Maße in Erfüllung gegangen, wie man vielleicht glauben, so hatte sie andererseits den Erfolg, daß durch sie die Agitation in den Werkstätten eine regere wurde und daß wir dadurch 124 Aufnahmen im 1. Quartal machten. Aber auch noch eine wichtige Seite hatte die Hausagitation dadurch, daß man die uns noch fernstehenden Kollegen etwas näher kennen lernte und dabei die Erfahrung machte, daß ein großer Theil dieser Leute für uns ernstlich gar nicht in Betracht kommt. In unseren Zahlstellen ist mit Ausnahme einzelner wieder ein etwas freudiger Zug eingezogen und durch die Hausagitation theilweise ein ganz guter Erfolg erzielt worden. Diese neu gewonnenen Mitglieder der Organisation zu erhalten, müsse Aufgabe eines jeden Mitgliedes sein, hierin werde aber noch sehr viel vernachlässigt, die Kollegen, die nicht in die Versammlung kommen, müssen von ihren Nebenkollegen, wo sich nur Gelegenheit bietet, über die Möglichkeit und Nothwendigkeit der Organisation aufgeklärt werden, diese Arbeit könne die Verwaltung und die sonst thätigen Kollegen nicht alleine bewältigen, hier biete sich den Kollegen noch ein großes Feld, sich im Dienste der Organisation nützlich zu erweisen. Eine Diskussion über den Geschäftsbericht wurde nicht bestritten und wurde bezügl. der Maifeier nach längerer Diskussion eine Resolution angenommen, die besagt, „daß die Kollegen überall da, wo es möglich, die Arbeit am 1. Mai ruhen lassen“ und diejenigen, die den 1. Mai nicht durch Arbeitsruhe begeben, sich verpflichten, eine Matratze im Betrage von 25 J. zu kaufen. Dieser Ertrag wird als Beihilfe zu den Kosten der Geschäftsstelle verwendet.“ Ein Antrag, wonach alle neu eintretenden Kollegen bei der Aufnahme die Polizei-Verordnungen zum Bauarbeiterzuschuß zum Preise von 10 J. zu kaufen haben“, fand gleichfalls einstimmig Annahme, bezügl. ein Antrag, daß für die verstorbenen Kollegen in Zukunft eine Todesanzeige in der „Frankfurter Volksstimme“ erscheinen soll.

## Baugewerbliches.

\* Unfälle in der Hamburgischen Bauwerks-Berufsgenossenschaft. Bis zum 31. März 1902 kamen 399 Unfälle zur Anzeige, im April 232, insgesammt 631. Todesfälle waren bis zu Ende April 7 gemeldet. Entschädigt wurden insgesammt 152 Unfälle.

\* Der Bauarbeiterzuschuß im Württembergischen Landtag. Die organisierte Bauarbeiter-Vereinschaft Württembergs hatte an den Landtag zwei Petitionen gerichtet, betreffend die Einführung einer besseren, schärferen Kontrolle und Beaufsichtigung der Bauten. Die Reichs-erstatte der volkswirtschaftlichen Kommission, vor der die Petitionen am 24. April zur Verhandlung kamen, beantragten dieselben der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen. Die Regierungsbereiter geben zu, daß eine Verbesserung der Kontrolle nötig sei, denn aus einem Bericht der württembergischen Bauwerksberufsgenossenschaft geht hervor, daß die drei angeführten technischen Beamten im vorigen Jahre im Ganzen 2639 Betriebe kontrollirt hätten, wovon allerdings nur 143 in voller Ordnung befunden worden seien. Ueber der von den Bauarbeitern geforderte Schutz würde zu große Ausgaben verursachen.



auch der Anschlag der Baukontrolle an die Gewerbeinspektion erschien den Ministern nicht wünschenswert. Rembold-Gmund befürwortet eine wirksamere Gestaltung der Bauaufsicht und die Zuziehung von Arbeitern, bei deren Auswahl Arbeitgeber und Arbeiter mitwirken müssen. Sieber bringt einen neuformulierten Antrag ein, dahingehend: 1. die Petitionen der Bauarbeiter, soweit die Forderungen derselben durch die Ministerialverordnung und die Unfallversicherungs-Vorschriften der Berufsgenossenschaft bereits berücksichtigt worden sind, für erledigt zu erklären; 2. die übrigen Punkte der Petition in der Hinsicht der Regierung zur Berücksichtigung zu übergeben, daß unter Beiziehung von Arbeitern mit Mitwirkung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf eine wirksame Kontrolle der bestehenden Schutzvorschriften Bedacht genommen werde. Bei der Abstimmung wird der Antrag des Berichterstatters auf Berücksichtigung der beiden Petitionen mit acht gegen zwei Stimmen (Gähler und Kildbrand) abgelehnt, der Antrag Sieber-Rembold mit demselben Stimmenverhältnis angenommen.

In derselben Kommission kam auch ein Antrag, betr. die Regelung des Submissionsverfahrens in Verbindung mit der Einführung der Lohnklausel, zur Beratung. Der Berichterstatter stellte den Antrag:

Die Staatsregierung wolle in den Bestimmungen, betreffend die Vergütung von Arbeiten, die Behörden anzuweisen:

1. Soweit Tarifgemeinschaften oder ähnliche Vereinbarungen zwischen Verbänden der Arbeitgeber und Arbeiter bestehen, die Unternehmer an die in diesen Vereinbarungen festgestellten Arbeitsbedingungen zu binden;
2. Soweit solche Vereinbarungen aber nicht bestehen, Angebote von Unternehmern, in deren Betrieben eine über das übliche Maß erheblich hinausgehende Arbeitszeit eingeführt ist oder die Löhne gegenüber den in dem Gewerbezweig sonst üblichen Durchschnittslöhnen erheblich zurückstehen, von der Berücksichtigung auszuschließen;
3. bei der Erteilung des Zuschlages die in den Betrieben einzelner Bewerber geltenden Arbeitsbedingungen im Sinne einer Bevorzugung der die günstigeren Arbeitsbedingungen bietenden Betriebe mit zu berücksichtigen;
4. in die Ausschreibungen sowie in die abzuschließenden Verträge diejenigen Bestimmungen aufzunehmen, welche zur Durchführung der Maßregeln Ziff. 1 bis 3 erforderlich sind, sowie die Einhaltung der von dem Unternehmen gegenüber ihren Arbeitern übernommenen Verpflichtungen zu überwachen.

Bei der Abstimmung wurden die Absätze 1—3 angenommen, dagegen die Ziffer 4 abgelehnt. Angenommen wurde auch ein Antrag des sozialdemokratischen Abgeordneten Hildenbrand, in erster Linie einheimische Arbeiter zu beschäftigen und anderen Arbeitern den gleichen Lohn zu bezahlen, ein anderer Antrag desselben Abgeordneten, die Arbeitszeit nicht über 10 Stunden auszuweiten, dagegen abgelehnt. Abgelehnt wurde auch ein Antrag, in den Entwurf die Streikklausel einzuführen.

### Arbeiterversicherung und Gesundheitspflege.

Ueber die Versicherungspflicht ausläндischer Arbeiter werden im „Reichsanzeiger“ folgende Bestimmungen bekannt gemacht:

- 1) Jeder Arbeiter, welcher Ausländer beschäftigt, ist nach dem Bundesratsbeschlusse vom 21. Februar 1901 (Zentralblatt für das deutsche Reich S. 78) von der Versicherungspflicht befreit, hat dies binnen drei Tagen nach Beginn der Beschäftigung dem Vorstande der Versicherungsanstalt anzuzeigen.
- 2) Der Vorstand übersendet dem Arbeitgeber ein Muster für eine von diesem aufzustellende Nachweisung, in deren Spalten folgende Eintragungen vorzusehen sein müssen:
  - a. Vor- und Familienname des Arbeiters,
  - b. falls der Arbeiter noch nicht 16 Jahre alt ist, Jahr und Tag der Geburt,
  - c. Beginn und Dauer der Beschäftigung,
  - d. die Angabe, ob der Arbeiter über das laufende Halbjahr hinaus weiter beschäftigt wird.Das Muster soll ferner an geeigneter Stelle einen Hinweis auf die Strafbestimmungen des § 176 Abs. 1 und 2 des Invalidenversicherungsgesetzes enthalten.
- 3) Der Arbeitgeber hat dieses Muster für das laufende Halbjahr (vom 1. Januar bis zum 30. Juni oder vom 1. Juli bis zum 31. Dezember) auszufüllen und bis zum 1. August bezw. 1. Februar dem Vorstande der Versicherungsanstalt einzusenden.
- 4) Der Vorstand prüft die Nachweisung, stellt den danach zu entrichtenden Betrag fest und fordert den Arbeitgeber unter gleichzeitiger Mittheilung der Unterlagen dieser Berechnung (Zahl der Arbeiter und Beitragswochen, Höhe der Beiträge) auf, den Betrag an die Versicherungsanstalt auf deren Kosten einzusenden. Die Verwendung von Beitragsmarken zum Zwecke der Zahlung ist unzulässig.
- 5) Bei Fortdauer der Beschäftigung finden Ziffer 2 und 3 entsprechende Anwendung.
- 6) Für die Zeit bis zum 1. Juli 1902 bleibt es dem Vorstande der Versicherungsanstalt überlassen, nach den bisher geltenden Bestimmungen vom 23. März 1901 zu verfahren.

### Gewerkschaftliches und Soziales.

Ein Jahrbuch der deutschen Gewerkschaften. Der dritte deutsche Gewerkschaftskongress zu Frankfurt a. M. beauftragte die Generalkommission, soweit die ihr zur Verfügung stehenden Mittel hierzu ausreichen und die Gewinnung geeigneter Personen möglich ist, neben der Erweiterung des „Correspondenzblattes“ mit der Herausgabe eines Jahresberichts, welcher als Handbuch für alle wichtigeren Vorkommnisse im Gewerkschaftsleben von den Gewerkschaftsbeamten, Redakteuren, Rednern, wie von allen Mitgliedern und sonstigen Interessenten benutzt werden kann. In dem Jahresbericht sind die jährlichen statistischen Ausweise über die Zahl und Stärke der deutschen Gewerkschaften und deren Einnahmen und Ausgaben nebst Streikstatistik zu veröffentlichen. Die Redaktion des „Correspondenzblattes“ befaßt sich in Nr. 17 des „Corresp.“ eingehend mit diesem Plane und empfiehlt den Inhalt dieses aus Vierteljahrestheften bestehenden Handbuches folgendermaßen zusammenzufassen: Der allgemeine Theil soll enthalten: Bericht der Generalkommission; Gewerkschaftliche Revue des In- und Auslandes; Wirtschaftliche Revue und Arbeitsmarktkunde; Sozialpolitische Revue über Parlamente, Regierungsbehörden und Gewerkschaften; Publikationen wichtiger neuer Gesetze und Verordnungen im Wortlaut oder Auszug; Juristischer Wegweiser durch Entscheidungen über Koalitions-, Vereins- und Versammlungsgesetze; Literarischer Wegweiser und Notizen.

Der statistische Theil, als der wichtigste, würde enthalten: Vierteljahresübersichten und Jahresstatistik der deutschen Gewerkschaften; Vierteljahresübersichten und Jahresstatistik der Gewerkschaften über Streiks; Vierteljahresübersichten und jährliche Zusammenstellung der gewerkschaftlichen Arbeitslosen; Jahresstatistiken über Gewerkschaften und Streiks im Auslande; Jahresstatistiken der deutschen Gewerkschaftsvereine und Arbeitersekretariate; Bearbeitungen der amtlichen Streikstatistiken des In- und Auslandes; Bearbeitungen der Rechnungsergebnisse der Arbeiterversicherung; Bearbeitungen der Statistiken der Gewerbegebiete und Arbeitsnachweise; Bearbeitungen der Statistiken der Gewerbeaufsicht; Sonstige wichtige Berufs-, Lohn-, Arbeitszeit-Statistiken aus Arbeiterberufen; Auszüge aus wichtigen Sozialstatistiken des In- und Auslandes; Statistische Notizen. Dem Ganzen wird ein Absehtheil angehängt. Die Generalkommission erachtet es als zweckdienlich, diesen Vorschlag, ehe weitere Schritte zu seiner Ausführung unternommen werden, der Diskussion im „Corresp.“ zu unterbreiten. Der Bewerksichtigung dieses Planes wird wohl kein Widerstand bereitet werden, da das Bedürfnis nach einem brauchbaren Jahrbuch in der praktischen Gewerkschaftsarbeit längst vorliegt und immer fühlbarer wird.

Der erste Kongress der elsass-lothring. Gewerkschaften fand am 26. und 27. April in Colmar statt, um hauptsächlich über die Frage der Förderung der Gewerkschaftsbewegung in dem Reichslande zu berathen. Vertreten waren die Orte Mühlhausen, Gebweiler, Colmar, Münster, Straßburg, Schiltigheim, Saargemünd, Bischweiler und Metz durch 53 Delegirte. Die Generalkommission war durch Legien vertreten. Dem durch das geschäftsführende Mitglied der Generalkommission erstatteten Berichte ist folgendes zu entnehmen: Am 2. September in die Generalkommission sind die Gewerkschaftsvereine Mühlhausen, Gebweiler, Colmar, Straßburg und Metz, erfreuliche Fortschritte hat die Gewerkschaftsbewegung in Colmar und Metz zu verzeichnen, während sie in den übrigen Orten, hauptsächlich infolge der Krise, stabil geblieben ist. Lohnbewegungen fanden statt: 3 in Straßburg (Buchdrucker, Schneider und Schuhmacher) mit vollem Erfolge; 3 in Colmar (Buchdrucker, Maler und Territorarbeiter), wovon zwei mit vollem Erfolge, eine mit theilweisem Erfolge; in Mühlhausen die der Buchdrucker, die als gescheitert zu betrachten ist. Eine ganze Reihe von Prozessen wurde im abgelaufenen Jahre gegen die Gewerkschaftsorganisationen geführt. Ueber den bedeutendsten resp. dessen Ausgang haben wir in Nr. 19 des „W.A.“ berichtet. Die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter beträgt z. Zt. ca. 4000. Hieraus folgten die Berichte der Kreisvereinsmänner der Generalkommission in den Städten Mühlhausen, Colmar und Metz und der Vertreter der Kartelle Straßburg, Colmar und Metz, die das im Gesamtbericht Gesagte ergänzten und des Näheren darlegten. Besonders lebhaft wurde die Meher Delegirten über die ihnen seitens der Polizei bereitelten Hindernisse. Nicht weniger als 13 Versammlungen wurden ihnen in der letzten Zeit aufgeboten, auch betreffs der Lokalitäten machte man ihnen ungebührliche Schwierigkeiten. Nach eingehenden Beratungen über die Art und Weise, wie die Agitation in Zukunft betrieben werden soll, wurde der Antrag auf Schaffung eines gewerkschaftlichen Monatsblattes in deutscher und französischer Sprache der Generalkommission in Hamburg bringen empfohlen. Ueber das Koalitions- und Versammlungsrecht in Elsass-Lothringen referirte Weirauch, Redner gab einen Ueberblick über die einschlägige Gesetzgebung, wie dieselbe entstanden und wie sie von den Verwaltungsbehörden angewandt wird. Er resümirte sich zum Schluß dahin, daß nur durch eine reichsgesetzliche Regelung des Vereins- und Versammlungsrechts den elsass-lothringischen Arbeitern das Koalitionsrecht sichergestellt werden könne. Bis dahin möge man den uns noch offenstehenden Weg der Privatversammlungen benutzen. Demgegenüber wurde in der Diskussion darauf hingewiesen, daß sich unter dem Gesetz doch vieles schaffen lasse. Es wäre nur notwendig, sich nicht einfach dem zu fügen, was die Behörde für Recht hält, sondern die Anwendung des Gesetzes im Wortlaut zu verlangen. Der § 152 der Gewerbeordnung gewährt das Koalitionsrecht und steht deshalb der Landesregierung kein Recht zu, gewerkschaftlichen Vereinen keine Genehmigung zu ertheilen. Es wird von einigen Delegirten als ein Fehler bezeichnet, daß die Gewerkschaften überhaupt um die Genehmigung nachsuchen haben. Es wurden die Delegirten aufgefordert, nur energisch ihr Recht zu fordern, dann würde manches besser werden. Die Generalkommission bleibt in Straßburg bestehen, sie wird durch die dortigen Gewerkschaften gewählt und betreibt auch speziell in Unterelsass die Agitation. In Oberelsass und Lothringen geschieht dies durch eine aus den Kartellen zu bildende Agitationskommission. Die künftigen Zusammenkünfte sollen nicht mehr als Kongresse, sondern nur mehr als Konferenzen der Gewerkschaftsvorkände und Kartelle unter Zuziehung eines Vertreters der Generalkommission stattfinden.

### Verschiedenes.

\* Die Opfer des Krieges. I. Menschenopfer: Die Kriege Napoleons I. kosteten 3 700 000 Menschen das Leben; im Krimkrieg (1853—1856) kamen 785 000 Menschen um; der italienische Krieg (1859) kostete 62 000 Menschen; der amerikanische Krieg (1861) forderte 1 000 000 Menschen; der deutsche Bürgerkrieg 1866 = 45 000; der deutsch-französische Krieg = 65 000 Deutsche (130 000 Tote und Verwundete) und 160 000 Franzosen; die europäischen Kriege von 1800 bis 1871 kosteten im Ganzen 5 800 000 Menschenleben. — II. Geldopfer: a) Vergangene Kriege. Der Krimkrieg (1853—1856) kostete 8 500 Millionen Franks; der italienische Krieg (1859) 1265 Millionen; der deutsche Bürgerkrieg (1866) 1350 Millionen; der deutsch-französische Krieg (1870—1871) 12 667 Millionen; der türkisch-russische Krieg (1877—1878) 6452 Millionen Franks. Also in dem kurzen Zeitraum von 1853—1878 belasteten die europäischen Kriege die Völker mit der Riesensumme von 30 Milliarden und 534 Millionen Franks. Diese Summe enthält nur die direkten Ausgaben der Staaten; rechnet man aber die Verluste hinzu, welche die Volkswirtschaft in Folge der Störung von Handel und Verkehr, in Folge der verringerten Produktion und in Folge der Verödung von Privatgut erlitt, so muß man obige Zahl verdoppeln oder verdreifachen. Der amerikanische Krieg 1861 kostete allein den Nordstaaten 23 Milliarden Franks. Wenn man für einen Slaven 100 Franks Lösegeld bezahlt hätte, so würde man zur Befreiung sämtlicher Slaven nur 4 Milliarden gebraucht haben. Der französische Schriftsteller de Girardin sagt: Mit der Hälfte der Summe, die man jährlich für Kriegszwecke ausgiebt, könnte man das menschliche Geloß aus der Welt schaffen. b) Was würde ein Krieg der Zukunft kosten? Der russische Staatsrath v. Moch berechnet die tägliche Ausgabe für die deutsche Armee auf 20 Millionen Mark. Wenn aber die Soldaten im Felde sind, so haben viele Familien keinen Ernährer! Es müßten daher Tausende von Familien

vom Staate unterhalten und hierfür weitere Millionen ausgegeben werden. Da entsteht die Frage: könnte Deutschland (und natürlich auch die anderen europäischen Staaten) in einem Kriegsfalle, wo die Einnahmequellen zum Theile versiegen, solche Riesensummen aufbringen? Es bliebe kein anderer Weg übrig, die Mittel zu beschaffen, als die Aufnahme von Anleihen zu sehr hohem Kurse und die Ausgabe von Papiergeld mit Zwangssteuer; und am Ende des Krieges hätten sich der Sieger und der Besiegte verblutet. c) Was kostet der bewaffnete Friede? Deutschland hat von 1871 bis 1888 unter Kaiser Wilhelm I., also in 17 Jahren, 8 Milliarden, 64 Millionen für Kriegszwecke ausgegeben. Von 1888 bis 1895 unter Kaiser Wilhelm II. in 8 Jahren 8 Milliarden 216 Millionen, also 152 Millionen mehr als unter der zweimal so langen Regierungsdauer Kaiser Wilhelm I. Die Reichsschulden blieben im Jahre 1888 = 721 Millionen, und seit dieser Zeit haben sie sich mehr als verdreifacht. Die jährliche Ausgabe für Militär und Marine beträgt zwei Millionen über eine Milliarde. Auf den Kopf berechnet = 18 bis 20 M. (je nachdem man Bayern mit in Berechnung zieht oder nicht). Dies macht auf eine Familie (5 Personen) 100 M. Dabei sind aber die vielen Millionen nicht berechnet, welche die Väter ihren Söhnen während ihrer Dienstzeit in den Kasernen zuschießen müssen. Von den 2 1/2 Milliarden Reichsschulden kommt auf den Kopf 44—50 M. Was für ein Aufwand bietet das Deutsche Reich für seine Militärschulden? Kaiser Wilhelm I. fragte in einer Thronrede in der Mitte der siebenziger Jahre, so lange Deutschland in den Geburtswehen liege, seien die Militärausgaben etwas hoch, wenn es (Deutschland) aber einmal konstitutiert sei, so werden sie geringer. Die obigen Zahlen beweisen aber, daß die Nachwehen größer sind, als die Geburtschmerzen. So kann es nicht weitergehen, wenn die Staaten nicht bald bankrott gehen wollen.

### Litterarisches.

Hefte Nr. 11 „Die Mapp“, illustrierte Fachzeitschrift für Dekorationsmalerei und verwandte Gewerbe ist soeben erschienen. Abonnement vierteljährlich 3 M. Verlag von Georg D. W. Callwoy-München.

### Eingefandt.

An die Maler von Plauen i. Vogtl.  
In der Stadt Plauen, welche ca. 80 000 Einwohner zählt, befinden sich ungefähr 250 Malergewerbeten. Organisiert sind davon einige 70 Mann. Früher war es fast ausschließlich für die hiesige Gehilfenschaft, daß nur so wenige von dem Geiste der Solidarität durchdrungen sind. In Plauen ist z. Zt. eine verhältnismäßig gute Baukonjunktur zu verzeichnen; überall wird tüchtig gebaut. Die Wohnungsverhältnisse stehen den großen Städten gleich und sind die Wohnungsmiethen enorm hoch. Der Lohn der Bauhandwerker, Maler, Zimmerer, Maurer usw. steht in keinem Verhältniß zum Miethspreise der Wohnungen. Bearbeitet wird nach alter Manier 12 und 11 Stunden und nur in wenigen der Betriebe wird 10 Stunden gearbeitet. Daß unter diesem Arbeitssystem eine Verbesserung der Arbeitslöhne im Allgemeinen Platz greifen könnte, daran ist nicht zu denken. Den Haupterwerbszweig der vogtländischen Zentrale bildet die Sardinienfabrik und Spinnerei. In diesem Beruf werden z. Zt. massig Arbeitskräfte gesucht und übersteigt die Nachfrage das Angebot. Dieser Haupterwerbszweig florirt wie selten zuvor. Mit den gewerkschaftlichen Organisationen hier am Orte ist es leider, auch bei den Textilarbeitern, sowie bei allen anderen Gewerben kaum bestellt. Die Einsicht, daß man sich, um seine Lage zu verbessern, mit seinen Mitarbeitern in einer Organisation zu vereinigen hat, fehlt der großen Masse. So hat ein Theil der hiesigen Maler in letzter Zeit einen Vergütungsverein gegründet, welcher zu seinen Vergütungen auch die Meister einzuladen „gerührt“ hat. Daß die Meister dem freudig nachkommen, beruht sich von selbst. So wollen sie die Gehilfen haben. Daß aber auch dem Verband angehörnde Kollegen diese Festlichkeiten der „getreuen“ Arbeiter besuchen und diese feste mit betheiligen helfen, bedarf unbedingt der Frage. Unter den hiesigen Kollegen hat sich das Schmarotcherthum so eingebürgert, daß man es wohl manchen überzeugungstreuen Kollegen nicht bezagen kann, immer Farbe zu bekennen, da er dann immer damit rechnen muß, sobald dies der Meister erfährt, entlassen zu werden. Der Lohn schwankt hier zwischen 28 und 43 J. pro Stunde und sind es nur wenige, welche höheren Lohn erhalten. Der Durchschnittslohn beträgt 33—34 J. Wie weit ein solcher Lohn im Stande ist bei den theuren Miethspreisen und auch sehr hohen Lebensmittelpreisen für eine Familie zu genügen, kann jeder begreifen, der denken kann. In diesen traurigen Arbeitsverhältnissen im Baugewerbe trägt die Schuld auch die sehr gesuchte Frauenarbeit in der Textilbranche. Die Frau muß hier eben mitarbeiten, damit der kavalische Verdienst des Mannes ausgehtlichen wird. Leider fühlt die Masse der Bauhandwerker, speziell die der Maler das Entwürdigende ihrer Lage nicht. Den Mitarbeitern der Organisationen fehlt das nötige Verständnis ihrer Klassenlage. Volkswirtschaftliches Verständnis geht eben der großen Masse der Arbeiter ab. Wäre dieses vorhanden, so wären auch andere geregelte Arbeitsverhältnisse zu verzeichnen. Der großen Masse leuchtet eben nicht ein, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit eine Erhöhung des Lohnes nach sich ziehen muß. Auch im Malergewerbe hat diese Einsicht noch nicht Platz gegriffen. Die meisten arbeiten gern Ueberstunden ohne dafür besser entlohnt zu werden, weil sie meinen, dadurch verdienen sie mehr. Daß das grundfalsch ist, erkennen dieselben nicht. Ihren größten Feind besitzen die Malergewerbeten in sich selber. Sage keiner: „Ich kann es allein nicht machen“, das weiß auch der Schreiber dieser Zeilen aber alle, alle zusammen, die können es machen. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg! Darum, Ihr Maler Plauens, rafft Euch auf, schafft Euch zusammen in Eurer Organisation, in der Vereinigung der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands! Küßt Euch mit den übrigen Kollegen in Deutschland ein! Allgemein sind die Klagen über den geringen Verdienst, welcher Euch zu Theil wird. An Euch nur liegt es, wenn der ober der nicht im Verband wäre, ginge ich auch hinein. Das ist eine faule Ausrede, um die sich so mancher herumdrückt. Jeder muß sein Scherflein beitragen, wenn es gilt für unser Gewerbe bessere Arbeitsbedingungen herbeizuführen. Die Person spielt eine untergeordnete Rolle; die Sache geht über alles. Wenn jeder seine Pflicht thut, werden auch die Früchte der gemeinsamen Arbeit nicht ausbleiben. Jeder sei eingedenk des Spruches:

Großes Werk besteht  
Nur durch Einigkeit!

Drum seid einig, einig, einig!



